



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin

Herr
Alfons Kleine-Möllhoff
Luckenwalder Str. 52
15837 Baruth

Referat Z14
Justitiariat,
Informationsfreiheitsgesetz,
Geheimchutz

BEARBEITET VON Regina Kalthegener
HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)3018 555-0
FAX +49 (0)3018 555-2221
E-MAIL poststelle@bmfjsfj.bund.de
INTERNET www.bmfjsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 31.05.2022
GZ 0760/153*52

**Ihr Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vom 15. Mai 2022
Ihr Zeichen #249079**

Sehr geehrter Herr Kleine Möllhoff,

mit Ihrer E-Mail vom 15. Mai 2022 beantragen Sie auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) über die Internetplattform fragdenstaat.de beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Informationen, Protokolle bzw. Protokollauszüge oder vergleichbare Dokumente zum Stand der Konzeptentwicklung den Aufbau einer Nichtregierungsorganisation ("NGO") für die Betroffenenbeteiligung außerhalb des Betroffenenrates bei der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs betreffend.

Die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) ist unabhängig und nicht weisungsgebunden. Lediglich organisatorisch ist das Amt der USBKM an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelt. Deshalb antworte ich Ihnen zuständigkeitshalber.

Servicetelefon: 030 20179130
Telefax: 03018 555 4400
E-Mail: Info@bmfjsfj.service.bund.de
De-Mail: poststelle@bmfjsfj-bund.de-mail.de

VERKEHRSANBINDUNG: U2 Mohrenstr.; U5, U6 Unter den Linden
GERÄUDE GLINKASTR. Bus 200 Stadtmitte; Bus 300, M48 Mohrenstr.
S-Bahn: S1, S2, S25 Brandenburger Tor



SEITE 2 Ihrem Antrag kann nicht stattgegeben werden.

Begründung:

Der Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen nach § 1 Abs. 1 S. 1 IFG besteht gemäß § 3 Nr. 3 Buchst. b IFG nicht, wenn und solange die Beratungen von Behörden beeinträchtigt werden. Die hierdurch geschützten innerbehördlichen Beratungen sind auf eine offene Meinungsbildung und einen freien Meinungsaustausch angelegt und können durch eine Offenlegung etwa der einzelnen Beiträge und Meinungsbekundungen im Beratungsprozess beeinträchtigt werden (Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 18.07.2011 – Az. 7 B 14/11).

Die Planung bzw. Entwicklung einer externen Nichtregierungsorganisation wird noch beraten. Sowohl die Beratungen intern im Arbeitsstab der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), als auch die Beratungen im Austausch mit Mitgliedern des Betroffenenrates bei der USBKM und externen Expert*innen sind noch nicht abgeschlossen. Deshalb können zu diesem Zeitpunkt keine Dokumente herausgegeben werden.

Zudem kann gemäß § 9 Abs. 3 IFG ein Antrag abgelehnt werden, wenn die erbetenen Informationen in einer zumutbaren Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschafft werden kann. Zu den allgemeinen zugänglichen Quellen zählt auch das Internet.



SEITE 3 Die Idee einer Nichtregierungsorganisation von Betroffenen (Betroffenen-NGO) kommt aus dem Betroffenenrat, der als Gremium bei der UBSKM angesiedelt ist. In ihrer Antritts-Pressekonferenz hat die neue UBSKM Kerstin Claus die geplante Gründung einer Betroffenenorganisation auch erwähnt. Die Pressekonferenz wurde u.a. in den Sozialen Medien veröffentlicht, z.B. bei Twitter unter https://twitter.com/ubskm_de/status/1526473882928029698?t=AWq9nYLmYAzdQ2LiyOChpA&s=19.

Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 24, 10117 Berlin schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Abs. 2 VwVfG oder zur Niederschrift zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

KaltheGener



Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Allgemeine Hinweise

Personenbezogene Daten sind alle Angaben, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann - insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung. Personen unter 16 Jahren sollten ohne Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten keine personenbezogenen Daten übermitteln.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen im Sinne der DSGVO

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
Telefax: 03018/ 555 - 1145
E-Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de

Kontaktdata der Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
E-Mail: datenschutzbeauftragte@bmfsfj.bund.de

Zweck der Verarbeitung

Zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gehört unter anderem die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit und Aufgabenerfüllung des Bundesministeriums für die Öffentlichkeit, darunter auch die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Sie das BMFSFJ anschreiben verarbeitet das BMFSFJ Ihre dabei enthaltenen personenbezogenen Angaben zum Zweck der Erfüllung dieser Aufgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Rechtsgrundlage und Löschung

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, Abs. 2 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des BMFSFJ nicht mehr benötigt werden bzw. nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Betroffenenrechte

Soweit Ihre personenbezogenen Angaben vom BMFSFJ verarbeitet werden, sind Sie Betroffene/Betroffener im Sinne der DSGVO. Insoweit haben Sie folgende Rechte gegenüber dem BMFSFJ als Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Darüber hinaus steht Ihnen gemäß Art. 77 DSGVO ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu. Die für das BMFSFJ zuständige Aufsichtsbehörde ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.